NZZ am Sonntag

USA

Die Republikaner müssen über ihren Schatten springen

Die Republikaner im Repräsentantenhaus haben sich das Wochenende freigenommen. Eine Auszeit von dem, was man in den USA gemeinhin ein «goat rodeo» nennt, ein Spektakel, bei dem alles schiefgeht und bei dem niemand gut ausschaut. Die 221 Republikaner sind nicht in der Lage, sich auf einen Speaker zu einigen. Eine Handvoll hat es geschafft, den bisherigen Sprecher Kevin McCarthy zu stürzen. Doch ihre Tat erweist sich jetzt als so zerstörerisch, so viel Wut, Ratlosigkeit und Feindschaft erzeugend, dass sich keine einmütige Zustimmung für einen Nachfolger findet. Eine Familie würde in einer ähnlich verfahrenen Situation in Therapie, die Belegschaft eines Unternehmens in eine moderierte Retraite gehen. Die Republikaner im Capitol haben nicht diesen Luxus. Ihr Streit blockiert Washington: Der Kongress kann keine Gesetze erlassen, keinen Haushalt auf den Weg bringen, keine Hilfe bewilligen für die Kriege in der Ukraine und in Israel. Wird die neue Woche eine Lösung bringen? Einen Kandidaten, der nahezu alle Republikaner hinter sich bringen kann? In einer normal funktionierenden Demokratie würde sich bei den knappen Mehrheiten im Repräsentantenhaus eine Gruppe pragmatisch gesinnter Republikaner und Demokraten für die Wahl eines Sprechers finden. Das können die USA immer noch beweisen. *Markus Bernath*

Subventionen

Hinterzimmerdeals zementieren Hochpreisinsel Schweiz

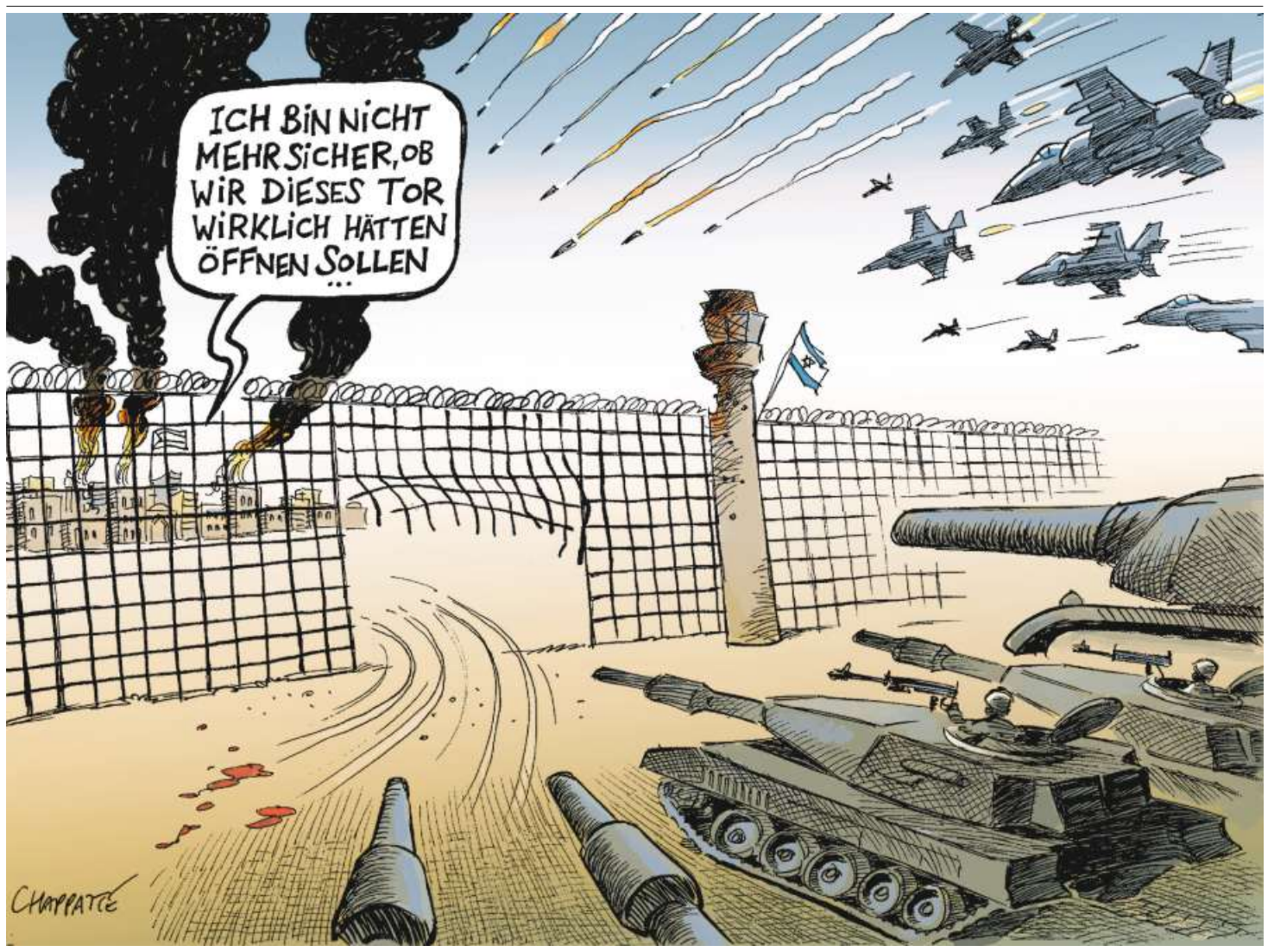
Man fragt sich, warum die Wettbewerbskommission (Weko) den Schweizer Getreidemarkt nie genauer unter die Lupe genommen hat. Ein paar wenige Müller profitierten über Jahrzehnte von widerrechtlichen Subventionen, und niemand störte sich daran. Vielleicht, weil im undurchsichtigen, durch hohe Zölle abgeschotteten Schweizer Lebensmittelsektor solche Privilegien an der Tagesordnung sind? In einzelnen Fällen mag es nicht um die ganz grossen Beträge gehen. In der Summe gehen die vielen Hinterzimmerdeals aber ins Geld. Am Schluss sind es die Konsumenten, welche zur Kasse gebeten werden. Sie verfügen nicht über hochbezahlte Lobbyisten in der Berner Wandelhalle, die genau wissen, wo und wie man noch etwas herausholen kann. Obwohl die Inflation im Ausland viel schlimmer wütete als bei uns, bleibt die Schweiz Europas Hochpreisinsel. Weil die Politik solche Machenschaften viel zu oft unterstützt. Da hilft auch das rituell vorgebrachte Argument nicht mehr, dass dadurch Arbeitsplätze in der Schweiz erhalten bleiben. Wir leben in Zeiten von Fachkräftemangel und Rekordzuwanderung. Was es da ganz sicher nicht braucht, sind ein paar quersubventionierte zusätzliche Jobs. *Moritz Kaufmann*

Propaganda im Netz

Für einmal zackig. Fast

Die russische Propaganda lässt die Schweiz nicht unberührt. Der Nachrichtendienst des Bundes registriert die Stimmungsmache im Netz genau, gerade jetzt, kurz vor den Wahlen. Viel unternehmen aber kann der Bund derzeit nicht. Es fehlt schlicht die rechtliche Grundlage, um die Betreiber der grossen Plattformen in die Pflicht zu nehmen. Das ist die schlechte Nachricht. Die gute: Der Bundesrat hat das Problem erkannt, nächstes Jahr will er eine Gesetzesvorlage präsentieren. Für einmal ist die Regierung zackig unterwegs. Die EU allerdings hat ihre Regeln bereits angepasst. Die Schweiz tut gut daran, nun rasch nachzuziehen. Im Parlament dürfte sich eine Mehrheit finden. Die gilt es zu nutzen. Und zwar schnell. *Simon Marti*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Die Schweiz kann mehr: Antworten zum Arbeitskräftemangel

Statt über den Arbeitskräftemangel zu jammern, sollte die Schweiz ihn als Chance und Anreiz zur Modernisierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sehen, **findet Jobst Wagner**

Der Jammer ist gross, Zeitungen und Fernsehen berichten fast täglich darüber: Der Schweiz fehlen Arbeitskräfte. Stets werden in der medialen Debatte einzelne Themen, etwa die weitverbreitete Teilzeitarbeit, herausgepickt und problematisiert. Der Blick fürs Ganze geht verloren. Pflästerlipolitik und Denken in alten Kategorien herrschen vor.

Dabei ginge es auch anders: Sehen wir den Mangel an Arbeitskräften als Chance für die Schweiz! Schliesslich hängt unser Wohlstand künftig massgeblich davon ab, ob es gelingt, den Mangel an Arbeits- und Fachkräften bei weiterhin tiefer Arbeitslosigkeit mit marktkonformen Methoden zu überwinden.

Die Pensionierung der grossen Generation der Babyboomer können die geburtenschwachen Jahrgänge, die in den Arbeitsmarkt eintreten, nicht wettmachen, was zu einer zunehmenden Unterversorgung des inländischen Arbeitsmarktes führt. Gesellschaftliche Entwicklungen wie die verstärkte Individualisierung, der Wunsch nach der Work-Life-Balance oder tieferen Arbeitspensen und Fragen nach dem Sinn der Arbeit verstärken dies noch. Was tun?

Das Chancenbarometer 2023, eine repräsentative, schweizweite Studie von Tina Freyburg, Professorin an der Universität St Gallen, und der Larix Foundation liefert Antworten, indem sie auf das inländische Arbeitspotenzial fokussiert: Es geht also darum, was die Schweiz selbst tun kann, wie der Arbeitsraum Schweiz von innen heraus neu gedacht und wie die Arbeitswelt modernisiert und flexibilisiert werden kann. Denn klar ist: Die Zuwanderung wird nicht die alleinige Antwort zur Behebung des Arbeitskräftemangels sein. Das Chancenbarometer, für das rund 4000 Einwohnerinnen und Einwohner befragt worden sind, untersucht, wie Arbeit familienkompatibler werden kann und welche Anreize geeignet sind, um die Arbeitspensen trotz bereits hoher Erwerbsquote in der Schweiz zu steigern. Und was zu tun ist, um Frauen, Einsteigerinnen und Einsteiger und ältere Arbeitskräfte besser zu integrieren.

Das Ergebnis: Es gibt in der Schweiz vielfältige Ansätze zur Behebung des Arbeitskräftemangels. Übergreifende Lösungen erfordern jedoch einen Mix von Massnahmen der drei zentralen Interessenvertreter Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Politik. Die Arbeitgeber begegnen dem Arbeitnehmermarkt mit Flexibilität, innovativen Arbeitsmodellen, vermehrter Automatisierung und mit generell mehr Investitionen in die Arbeitgeber- und Unternehmensattraktivität. Als Unternehmer stelle ich fest, dass in unserem Land bereits viel erreicht wurde. Trotzdem bleibt noch viel zu tun. So hat die Kinderbetreuung insbesondere bei jüngeren Arbeitnehmerinnen die höchste Priorität. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat bei der jüngeren Bevölkerung eine sehr hohe Bedeutung.

Umgekehrt zeigt die Befragung auch, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ihre gestärkte Position am Arbeitsmarkt verantwortungsvoll nutzen und deutlich kommunizieren sollen, wie sie sich stärker in den Arbeitsprozess einbringen können. Lediglich Forderungen zu stellen, ohne klare Leistungsbereitschaft zu zeigen oder gar das optimierte Abrufen staatlicher Leistungen als «Rundumservice» bilden keine Basis für ein modern gedachtes Geben und Nehmen.

Nach wie vor lohnt sich Vollzeitarbeit vielfach nicht. Die Schweiz liegt in Europa bei der Erwerbsquote von Müttern auf Rang 8 und fällt gar auf Rang 17 zurück, wenn die Kinder zwischen 6 und 11 Jahre alt sind. Erwerbstätige Mütter arbeiten mehrheitlich Teilzeit; ein Drittel weniger als 50 Prozent. Um ihre Potenziale besser auszuschöpfen, ergeben sich zwei Schlüsse, die paradox erscheinen mögen: nämlich gerade ein Mehr an Teilzeitangeboten, um einerseits ältere Beschäftigte zu halten, die sich sonst pensionieren lassen würden, und andererseits, um jüngere anzulocken, die zunächst Teilzeit arbeiten, um später das Pensum aufzustocken. Dies bedingt attraktive Rahmenbedingungen und die Korrektur von Fehlanreizen.

Von der Politik sollten wir erwarten dürfen, die Rahmenbedingungen für mehr Flexibilität zu schaffen, wie auch das duale, sehr durchlässige Bildungssystem weiter hochzuhalten. Ein Mehr an Flexibilität bedingt eine Modernisierung des aus den 1960er Jahren stammenden Arbeitsgesetzes: Etwa die Lockerung der Arbeits- und Ruhezeiten zur Schaffung flexibler Arbeitsmodelle. Aber auch die Korrektur von Fehlanreizen wie die zivilstandsabhängige Besteuerung.

Mit mehr Eigeninitiative und Agilität können wir aus dem Arbeitskräftemangel Gestaltungsmöglichkeiten machen. Dies bedingt, gesamtheitlich gedacht, einen offenen Wirtschaftsstandort. Diejenigen Kreise, die immer wieder den Teufel «Einwanderung» an die Wand malen, sollten erkennen, dass das beste Instrument dagegen das Ausschöpfen des inländischen Potenzials ist. Dafür gilt es die Hürden wegzuräumen.

Jobst Wagner

PD

Jobst Wagner, 64, ist Unternehmer und Miteigentümer der Rehau Group. 2013 initiierte er die gesellschaftsübergreifend aktive Förderstiftung Strategie Dialog 21. Im Jahr 2016 gründete er die Larix Foundation für eine zukunftsgerichtete Schweiz. Sie ist Trägerin des Chancenbarometers in Kooperation mit der Universität St. Gallen.